

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelbestellung monatlich 2 M., durch unsere Kundträger zugetragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie andere Anträge und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionsschein 2 M. für die 6-spaltige Hauptzeile oder deren Raum, Restzeilen, die 2-spaltige Hauptzeile 2 M. Die Werbepreise sind entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Hauptzeile 2 M. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vorabends 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wie folgt Garantie. Jeder Anzeigenanspruch ist durch die Zeitung durch Angabe des Bezugsnehmers in Reklame gesetzl.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 68

Dienstag den 21. März 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach einer nichtamtlichen Pariser Meldung sind Ertrödgungen im Gange, die deutschen Beteiligungen auf 600 Millionen Goldmark festzusetzen.

* In Württemberg sind etwa 30 000 Metallarbeiter in den Streit getreten.

* Der russische Außenminister Tschitscherin sagt in einer Note an Poincaré, wenn in Genua Vorschläge gegen die Unabhängigkeit Rußlands gemacht würden, würde die Konferenz scheitern.

* Der amerikanische Staatssekretär Hughes hat eine Note an die Alliierten fertiggestellt, in der die Rückzahlung der amerikanischen Besatzungskosten gefordert wird.

Notgemeinschaft.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns aus Berlin geschrieben:

Das ganze deutsche Volk ist, seitdem sein Schicksal unter die Herrschaft des Versailler Vertrages gestellt ist, im Grunde nichts anderes mehr als eine Notgemeinschaft. Oder sollte es wenigstens sein. Aber da wir uns leider Gottes trotz der Ungunst der Zeiten noch immer den Luxus der Selbstverfeinerung leisten, statt uns gegenseitig zu helfen, wo wir nur können, haben sich einzelne Kreise, denen es besonders schlecht geht, und die es doch aus Gründen der Verantwortung gegenüber der Gesamtheit nicht darauf ankommen lassen dürfen, daß ihr Daseinszweck zugrunde gerichtet wird, zu sogenannten Notgemeinschaften zusammengeschlossen. In der Form zum Beispiel, daß sich für diese oder jene Unterrichtsanstalt, für dieses oder jenes Kunstinstitut besondere Freundenschaftsgesellschaften gebildet haben, die dem gefährdeten Unternehmen mit außerordentlichen Geldmitteln zu Hilfe kommen, wenn seine Notlage wieder einmal bedrohlich geworden ist. Sie haben die Aufgabe, weitere Kreise der Bevölkerung für ihren Schicksal zu interessieren, und haben das wohl auch, soweit man wissen kann, bisher zu meist mit Erfolg getan.

Was so im einzelnen geschieht und geschehen ist, hat sich aber auch bereits seit Jahr und Tag für die ganze deutsche Wissenschaft als notwendig erwiesen. Die größten Leuchten unserer Gelehrtenwelt haben sich zu einer Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zusammengeschlossen aus der Überzeugung heraus, daß wir völlig und dauernd erst dann besiegt und erledigt sein würden, wenn auch der Born der deutschen Wissenschaft austrocknen müßte. Und wir wissen alle, daß gerade die wissenschaftlichen Berufe von der fortschreitenden Geldentwertung am schwersten getroffen worden sind; daß der Staat und die Gemeinden heute nicht mehr in der Lage sind, mit offener Hand für die Bildungs- und Studienbedürfnisse unseres Volkes zu sorgen, wie das früher im großen und ganzen doch stets geschehen ist.

Darin hätte man sich schließlich noch finden können. Aber der katastrophale Marksturz liefert die wissenschaftlichen Institute mehr und mehr dem Verfall aus. Von einer Erweiterung ihrer Anlagen, von einer Ausdehnung ihrer Forschungsgebiete, soweit damit materielle Aufwendungen notwendig verbunden sind, kann unter den heutigen Verhältnissen kaum noch die Rede sein. Die leitenden Männer sind schon einigermassen froh, wenn sie ihren bisherigen Aufgabenteil mit der gepöbelten Gründlichkeit weiterführen können. Die Anschaffungskosten für wissenschaftliche Werke, für Materialien aller Art, für Maschinen, für physikalische Instrumente sind geradezu ins Lächerliche gestiegen — zugleich mit der Zahl der Studenten und Zuhörer so ziemlich in allen Fächern; ein Ausbildungsdrang, dem wiederum nur mit vermehrten Selbstaufwendungen begegnet werden kann. Wie viel aber gerade von den technischen oder wissenschaftlichen Erfindungen für das deutsche Volk abhängen kann, für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft, für die Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit gegenüber den lieben Nachbarn in der Stunde, darüber braucht heutzutage wirklich kein Wort verloren zu werden. Als deshalb die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gegründet wurde, fand der Gedanke denn auch auf allen Seiten freudiges Verständnis. Die Gemeinschaft arbeitet, was bei der Wesensart ihrer führenden Männer kaum besonders hervorgehoben zu werden braucht, mehr im Stillen, als mit geräuschvollen Mitteln. Sie weiß die vornehme Würde zu wahren, die sie ihrer Sache schuldig ist. Um so aufmerksamer wird die Öffentlichkeit, wenn dann einmal vor dem ganzen Volke von ihr geredet wird. So kürzlich, als der Hauptantrag des Reichstages der Notgemeinschaft den bisherigen Beitrag von zwanzig Millionen, trotz der furchtbaren Ebbe in den Reichskassen, glatt auf vierzig Millionen erhöhte. Und so jetzt wieder, als so ziemlich die gesamte Berliner Gelehrtenwelt in der allsehrwürdigen Universität zu einer gesellschaftlichen Veranstaltung versammelt wurde, die sich äußerlich als eine Art Bierabend gab, die aber auch durch die Anwesenheit des Reichsoberhauptes ausgezeichnet war. Der beste Beweis dafür, daß es sich um eine Zusammenkunft handelte, die wirklich über dem Parteienwesen unserer Tage stand, für die das Interesse des ganzen deutschen Volkes in Anspruch genommen werden durfte.

Was den zahlreichen Gästen, auch aus dem Reiche, hier angeboten wurde, trug dem hohen Niveau der Veranstaltung

die gebührende Rechnung. So hörte man unter anderem einen Vortrag von Professor Einsein, dessen Vortragsgegenstand darin bestand, daß die reine Forschung im Interesse der Lebensfähigkeit unserer Industrie mit größter Sorgfalt gepflegt werden müsse. Ohne Rücksicht auf praktische Ziele müßten die jungen Menschen, die sich dem Studium der Wissenschaft ergeben, in ihrer Arbeit gefördert werden. Ein anderer Gelehrter wies auf die Tatsache hin, daß die Vereinigten Staaten zum Beispiel, aber auch Schweden, uns auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten, so zum Beispiel in der Frage der Vervollständigung, weit voraus seien — eben weil unsere Wissenschaftler die notwendigen Mittel zur Ausdehnung ihrer Forschungen ausgegangen sind. In Schweden hat man aber auch den Ertrag des Weizenanbaues in zwanzig Jahren um 45 Prozent gesteigert, während wir nur unsere Getreideernte um 45 Prozent vorwärtsbringen konnten. So oder ähnlich wird es auch noch in vielen anderen Disziplinen sein. Die Wissenschaft muß aber blühen, wachsen und gedeihen, wenn das deutsche Volk wieder zur Höhe kommen will. Der Gedanke der Notgemeinschaft zu ihrem Besten steht erst noch in seinen Anfängen. Man kann nur wünschen, daß er sich durchsetzt — trotz oder gerade wegen der Ungunst der Zeiten, in die wir geraten sind.

Gegen die Ausfagung Deutschlands.

Ein Protest der Gewerkschaften.

Wenn der Erfüllungswille der deutschen Parteien mit ganz besonderem Nachdruck gerade von links her immer wieder betont worden ist, so wird es um so stärkeren Eindruck machen, wenn jetzt die Führer der Angestellten- und Arbeiterchaft in einem Aufruf darauf hinweisen, wo dieser Erfüllungswille eine Grenze finden muß. Es wird vor allem betont, daß von den 11,4 Milliarden Goldmark, die Deutschland bis zum 31. Dezember 1921 an Reparationszahlungen geleistet hat, nur 2,8 Milliarden dem eigentlichen Wiederaufbau zugute gekommen sind, während der Rest für andere Zwecke, darunter über 4,3 Milliarden allein für die Besatzung und für die interalliierten Kommissionen in Deutschland, verbraucht worden ist.

Neuerdings bezieht ein englischer General in Deutschland 3 619 500 Mark, und selbst ein einfacher englischer Soldat 362 620 Mark, also weit mehr als die höchsten Beamen der deutschen Republik.

Diese Riesensummen müssen aus der deutschen Arbeit aufgebracht werden. Sie erfordern ungezählte Milliarden, die für den tatsächlichen Wiederaufbau verloren gehen. Die deutschen Gewerkschaften erheben öffentliche Klage über diese Vergewaltigung des Ertrages deutscher Arbeitskraft und deutschen Arbeitsfleißes. Unterzeichnet ist dieser Aufruf vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und von der Afa.

Zusammenlegung der Versicherungsgeetze

Einbeziehung der Angestellten.

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hörte als Sachverständige zu dem Gesetzesentwurf über Änderung des Versicherungsgeetzes für Angestellte die Herren Bickel, Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Deamann (ehemals Reichsversicherungsanstalt für Angestellte), Geh. Rat Dr. Düttmann (Landesversicherungsanstalt Oldenburg), Universitätsprofessor Dr. Kassel, Berlin und Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer, Köln.

Es handelt sich im wesentlichen um die Klärung der Grundfrage, ob es im Interesse der Versicherten möglich und erforderlich sei, die Angestelltenversicherung in die allgemeine Invalidenversicherung einzugliedern. Der Vertreter der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erklärte sich entschieden für Aufrechterhaltung einer selbständigen Angestelltenversicherung. Der Vertreter der Landesversicherungsanstalten stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Eingliederung bzw. Angleichung unbedingt erfolgen müsse. — Prof. Dr. Kassel sprach sich dahin aus, daß von vornherein Bedenken gegen das jetzige System der getrennten Versicherung bestanden hätten. Es wäre viel zu teuer und zu kompliziert. In anderen Versicherungen wie z. B. der Unfallversicherung sei von einer Trennung in eine Angestellten- und eine Arbeiterversicherung auch keine Rede. Bei einer Verschmelzung könnten für die Angestellten leicht Sonderbestimmungen eingefügt werden. Grundlag müsse allerdings sein, daß die Angestellten durch die Neuregelung nicht schlechter gestellt würden als bisher. Durch besondere Angestelltenkammern könnte die Eigenart des Angestelltenverhältnisses berücksichtigt werden. Prof. Dr. Moldenhauer gestand die Möglichkeit einer Angleichung beider Versicherungen auf dem Gebiete der Rechtsprechung und der Organisation zu. Er müsse aber bezweifeln, ob dadurch eine wesentliche Vereinfachung erreicht werden könnte. Wünschenswert wäre jedenfalls eine sehr weitgehende Zusammenarbeit der bisherigen Versicherungsträger, die aber auf dem Wege der Verständigung in Arbeitsgemeinschaftsform erreicht werden müsse.

Nach diesen gutachtlichen Äußerungen wird sich nun der eingesetzte Unterausschuß mit den Vorberatungen des geplanten Gesetzesentwurfes befassen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Bayern und das Reich.

Seit längerer Zeit wird eine unerquickliche Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich über eine angebliche Verwässerung Bayerns geführt. Dazu gab jetzt der bayerische Minister des Innern Dr. Schwober eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß sich der Beweis einer von Staatskommissar Dr. Weismann oder einer anderen Berliner Stelle organisierten Verwässerung Bayerns aus Anlaß des Erzberger-Mordes nicht erbringen lasse, aber es habe andererseits fest, daß in Bayern tatsächlich politische Beobachter ihr Unwesen trieben und daß ihre falschen und einseitigen Berichte den Weg nach Berlin zu finden wählten. Es gebe aber nicht an, daß derartige in Berlin einlaufendes Material dort bearbeitet und verwertet werde, ohne daß man die zuständigen bayerischen Stellen überhaupt höre. Er habe über diese seine Auffassung auch in Berlin seinen Zweifel geäußert, und dieser Standpunkt sei auch von den Vertretern der Reichsregierung anerkannt worden.

Französische Gewerkschafter in Deutschland.

Eine Delegation von Führern des französischen Bauarbeiterverbandes hat sich zu Studienzwecken nach Deutschland begeben und zwar besonders zum Studium der sozialen Bauverträge. Es soll ferner das mit den deutschen Gewerkschaften in Frankfurt a. M. zur Jahreswende abgeschlossene Abkommen für die Wiederherstellungsbauarbeiten Nordfrankreichs ausgebaut werden. Die Delegation beabsichtigt sich nach Köln, Essen, Dortmund, Magdeburg und Berlin.

Das Saargebiet wird ausgekauft.

Die Ausplünderung des Saargebietes durch Ausländer, besonders Lothringer, hat neuerdings einen solchen Umfang angenommen, daß Beauftragte der einheimischen Bevölkerung bei der Regierungskommission um sofortige durchgreifende Maßnahmen ersuchten. Vielfach ist die Grenze vollkommen offen und unbewacht. Täglich rollen zahlreiche Lastkraftwagen und Fuhrwerke hochbeladen der Grenze zu. Nachweisbar weilen täglich Tausende von lothringischen Käufern im Saargebiet.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Posen.

Der Hauptschriftleiter des Posener Tageblattes, Löwenthal, ist kürzlich durch das Posener Kreisgericht wegen eines Artikels über die bekannte Vertreibung deutscher Ansiedler zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Obwohl bereits zahlreiche deutsche Ansiedler durch die politischen Gewaltmaßnahmen zum Verlassen ihrer Grundstücke ohne angemessene Entschädigung gezwungen worden sind, hat der Präsident des polnischen Landesamtes unter Eid jede gewalttätige Vertreibung und Wegnahme ohne Entschädigung bestritten. Der von Löwenthal angebotene Wahrheitsbeweis ist vom Gericht abgelehnt worden. — So achten die Polen den Arbeiterbewegung.

Das geplante Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Reichsregierung beabsichtigt, eine Neuregelung des Arbeitsgerichtswesens in die Wege zu leiten. Die an Stelle des Gesetzes über die Kaufmanns- und Gewerbegerichte sowie der entsprechenden Bestimmungen der Demobilisationsverordnung einzurichtenden Arbeitsgerichte sollen die Schlichtungsansprüche, die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte ersetzen. Die Arbeitsgerichte sollen aus einem planmäßigen Richter des Amtsgerichts als Vorsitzendem und zwei Beisitzern bestehen, von denen der eine ein Arbeitgeber, der andere ein Arbeitnehmer sein muß. In zweiter Instanz sollen die bei den Landgerichten neu zu bildenden Landesarbeitsgerichte, in dritter Instanz das beim Reichsgericht zu bildende Reichsarbeitsgericht entscheiden.

Die Sachlieferungen für Frankreich.

Kürzlich ist bekanntlich mit Belgien ein neues Sachlieferungsabkommen auf der Grundlage des „freien Verkehrs“ abgeschlossen worden, dessen Vorteile sich jetzt auch Frankreich verschaffen möchte. Die von einem französischen Delegierten in Berlin geführten, aber noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen haben vorläufig zu Abmachungen geführt, die zwar Frankreich nach wie vor die Vorteile des Wiesbadener Abkommens sichern, aber das in den Abmachungen mit Belgien vorgesehene Verfahren für Vergebung und Ausführung der Lieferungen, sowie für die Preisbestimmung auch auf Frankreich ausdehnen.

Großbritannien.

Englischer Kredit für die hungernden Russen. Der von der Regierung vorgeschlagene Zusatzkredit von 100 000 Pfund Sterling zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland ist vom Unterhause angenommen worden. Das Parlamentmitglied Barnes erklärte, 20 Millionen Russen seien täglich vom Hungertode bedroht, wenigstens 10 Millionen würden dieses Jahr sterben, wenn nicht angemessene Schritte getan würden, um die Überlebenden zu ernähren und Saat Korn für die nächste Ernte zu beschaffen.